

Münchens Müllmengen weiter reduzieren, Plastiktüten vermeiden
Antrag Nr. 08- 14 / A 04778 der Stadtratsfraktion Bürgerliche Mitte – FW/ÖDP/BP
vom 13.11.2013

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 01192

Kurzübersicht zum Beschluss des Kommunalausschusses als Werkausschuss für
den Abfallwirtschaftsbetrieb München vom 25.09.2014 (SB)

Öffentliche Sitzung

Stichwort	Münchens Müllmengen, Plastiktüten, Runder Tisch
Anlass	Antrag Nr. 08- 14 / A 04778 der Stadtratsfraktion Bürgerliche Mitte – FW/ÖDP/BP vom 13.11.2013
Inhalt	Die Beschlussvorlage erläutert, weshalb die Idee eines Runden Tisches mit Vertretern der IHK und des Einzelhandels zur Eindämmung von Plastiktüten in München nicht weiter verfolgt wird.
Entscheidungs-vorschlag	Die Idee eines Runden Tisches mit Vertretern der IHK und des Einzelhandels zur Eindämmung von Plastiktüten in München wird aus den beschriebenen Gründen nicht weiterverfolgt. Der AWM wird beauftragt im Rahmen seiner Mitarbeit in den Verbänden der kommunalen Wirtschaft auf die schnelle Umsetzung des EU-Vorschlags zur Verminderung der Plastiktüten in deutsches Recht zu drängen.
Gesucht werden kann auch nach:	Runder Tisch, Plastiktüten

Münchens Müllmengen weiter reduzieren, Plastiktüten vermeiden
Antrag Nr. 08- 14 / A 04778 der Stadtratsfraktion Bürgerliche Mitte – FW/ÖDP/BP
vom 13.11.2013

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 01192

Anlage:

Antrag Nr. 08- 14 / A 04778 der Stadtratsfraktion Bürgerliche Mitte – FW/ÖDP/BP
vom 13.11.2013

Beschluss des Kommunalausschusses als Werkausschuss für den Abfallwirtschaftsbetrieb München vom 25.09.2014 (SB)

Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

1. Anlass

Mit dem Antrag Nr. 08- 14 / A 04778 vom 13.11.2013 regt die Stadtratsfraktion Bürgerliche Mitte – FW/ÖDP/BP Folgendes an:

„Die Stadt München verstärkt die Anstrengungen zur Reduktion von Plastiktüten und damit Plastikmüllmengen. Hierzu werden Gespräche mit dem Einzelhandel und den Verbänden über Selbstverpflichtungen von Firmen geführt. Ein Runder Tisch mit Vertretern der IHK, des Einzelhandels und des RGU soll Alternativen aufzeigen, Beispiele und Vorgehensweisen in anderen Städten und Ländern besprechen und Ziele und Zeiträume für ein plastiktütenfreies München festlegen. Ziel ist es, auf freiwilliger Basis einen kontinuierlichen Rückgang von Plastiktüten im Einzelhandel zu forcieren und die Müllmengen drastisch zu reduzieren.“

Inhaltlich teile ich das Anliegen der Reduzierung dieser Müllbestandteile umfänglich. Die Flut an Plastiktüten einzudämmen macht auf jeden Fall Sinn. Der Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM) möchte dieses Ziel jedoch auf einem anderen Weg als vorgeschlagen verfolgen.

2. Möglichkeiten der Landeshauptstadt München

2.1 Runder Tisch

Die Idee eines Runden Tisches mit Vertretern der IHK und des Einzelhandels zur Eindämmung von Plastiktüten wird aus folgenden Gründen nicht weiterverfolgt:

- Das Gewicht aller Plastiktüten im Hausmüll der Landeshauptstadt München beträgt rein rechnerisch höchstens rund 2.000 Mg und damit 0,3% des Gesamtgewichts aller Münchner Haushaltsabfälle. Als Berechnungsgrundlage dienen die rund 630.000 Mg Müll, die in München im Jahr 2012 angefallen sind und von denen bereits 324.390 Mg stofflich verwertet wurden. Der durchschnittliche Tütenverbrauch der rund 1,4 Millionen Einwohner beträgt pro Einwohner rechnerisch rund 71 Tüten, die ein rechnerisches Gewicht von durchschnittlich 20 g/Stück haben. Viele dieser Tüten werden benutzt, um Verpackungsabfälle zu den Depotcontainern zu bringen oder dienen als Müllbeutel. Sie werden also mindestens zweimal benutzt.
- Die Hauptnutzung von Plastiktüten ist der Einkauf im Lebensmitteleinzelhandel. Hier ist eine Verringerung der Menge durch die Bezahlpflicht für diese Tüten eingetreten. Diese Entwicklung konnte auch in anderen europäischen Staaten festgestellt werden. Der verbleibende Anteil an Tüten aus Drogeriemärkten, Bekleidungsgeschäften und Kaufhäusern ist deshalb relativ gering, zumal mehrere Bekleidungshäuser bereits aus Imagegründen auf Papiertüten umgestellt haben.
- Viele Einzelhandelsgeschäfte in München sind Filialen von europäischen oder gesamtdeutsch operierenden Handelsketten mit Firmensitzen außerhalb Münchens, die deutschlandweit mit einem einheitlichen Erscheinungsbild auch auf ihren Plastiktüten werben. Eine Münchner Insellösung hat deshalb nur geringste Erfolgsaussichten und scheitert meist an der internen Konzernpolitik.
- Der AWM verteilte in den letzten Jahren im Rahmen seiner Abfallvermeidungskampagnen erfolgreich mehrere tausende Stoffbeutel als Ersatz für Plastiktüten. Eines der Kampagnenmotive hieß: „*Plastik kommt mir nicht in die Tüte*“. Auch diese Maßnahme hat sicherlich bereits zur Eindämmung der Plastiktütenflut beigetragen.

2.2 Lobbyarbeit

Ein aus Sicht des AWM vielversprechender Weg zur Eindämmung der Plastiktüten ist die politische Unterstützung einer gesetzlichen Regelung in ganz Deutschland, aufbauend auf einer europäischen Vorgabe.

In der EU soll der Verbrauch von Plastiktüten stark eingeschränkt werden. Das sieht ein Richtlinien-Entwurf der EU-Kommission vor, dem das Europaparlament im April 2014 in erster Lesung zugestimmt hat. Ziel ist, dass die Mitgliedsstaaten die Nutzung der Einwegtüten durch Steuern, Abgaben oder auch Verbote regulieren.

Der Verbrauch soll so binnen fünf Jahren um 80 Prozent reduziert werden. Die Gespräche mit den Mitgliedsstaaten zur Umsetzung dieses Gesetzesentwurfes werden wahrscheinlich nach der Sommerpause beginnen.

Die EU-Kommission begründet ihren Vorschlag wie folgt:

„Aus technischer Sicht werden mit dem Vorschlag zwei wichtige Elemente der Richtlinie über Verpackungen und Verpackungsabfälle geändert. Zum einen sind die Mitgliedsstaaten verpflichtet, Maßnahmen zu ergreifen, mit denen der Verbrauch von Kunststofftragetaschen mit einer Wandstärke unter 50 Mikrometer reduziert wird, da diese seltener wiederverwendet werden als Kunststofftaschen aus stärkerem Material und daher öfter weggeworfen werden. Zum anderen können diese Maßnahmen den Einsatz wirtschaftlicher Instrumente einschließen, wie Abgaben, nationale Reduktionsziele und Marktbeschränkungen (wobei die Vorschriften des Binnenmarkts gemäß dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union zu beachten sind). Die hohen Reduzierungsraten, die in einigen EU-Mitgliedstaaten durch die Einführung von Abgaben und sonstigen Maßnahmen erreicht werden konnten, zeigen, dass sich durch effiziente Maßnahmen auch Ergebnisse erzielen lassen.“

3. Entscheidungsvorschlag

Die Idee eines Runden Tisches mit Vertretern der IHK und des Einzelhandels und des RGU zur Eindämmung von Plastiktüten wird aus den beschriebenen Gründen nicht weiterverfolgt.

Der AWM begleitet das Gesetzgebungsverfahren zur Eindämmung von Plastiktüten in der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen seiner Verbandsarbeit. Darüber hinaus setzt der AWM seine Aktivitäten zur Reduzierung des Plastiktütenanfalls im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit fort.

4. Beteiligung der Bezirksausschüsse

In dieser Angelegenheit besteht kein Anhörungsrecht des Bezirksausschusses.

5. Unterrichtung der Korreferentin und der Verwaltungsbeirätin

Der Korreferentin des Kommunalreferates, Frau Stadträtin Ulrike Boesser, und der Verwaltungsbeirätin, Frau Stadträtin Heide Rieke, wurde ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet.

6. Beschlussvollzugskontrolle

Diese Sitzungsvorlage soll nicht der Beschlussvollzugskontrolle unterliegen, weil der Antrag Nr. 08- 14 / A 04778 der Stadtratsfraktion Bürgerliche Mitte – FW/ÖDP/BP vom 13.11.2013 hiermit abschließend behandelt ist.

II. Antrag des Referenten

1. Der Vortrag des Referenten wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Idee eines Runden Tisches mit Vertretern der IHK und des Einzelhandels zur Eindämmung von Plastiktüten in München wird aus den beschriebenen Gründen nicht weiterverfolgt.
3. Der AWM wird beauftragt im Rahmen seiner Mitarbeit in den Verbänden der kommunalen Wirtschaft auf die schnelle Umsetzung des EU-Vorschlags zur Verminderung der Plastiktüten in deutsches Recht zu drängen.
4. Der Antrag Nr. 08- 14 / A 04778 der Stadtratsfraktion Bürgerliche Mitte – FW/ÖDP/BP vom 13.11.2013 ist damit geschäftsordnungsgemäß erledigt.
5. Diese Sitzungsvorlage unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der Vorsitzende

Der Referent

Josef Schmid
2. Bürgermeister

Axel Markwardt
Berufsmäßiger Stadtrat

- IV. Abdruck von I. mit III.
über den Stenographischen Sitzungsdienst
an das Revisionsamt
an das Direktorium - Dokumentationsstelle
z.K.
- V. Wv. Kommunalreferat - Abfallwirtschaftsbetrieb - Büro der Werkleitung

Kommunalreferat

- I. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
- II. An
AWM – Zweiter Werkleiter
AWM – Personalrat
AWM – Pressestelle
AWM – MV
AWM – LO
AWM – USP
AWM – VR
Stadtkämmerei
Referat für Gesundheit und Umwelt
Referat für Arbeit und Wirtschaft
Baureferat
Kreisverwaltungsreferat
z.K.

Am _____